

## Protokoll 27. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 14. Dezember 2022, 14.00 Uhr bis 16.32 Uhr, in der Halle 9  
in Zürich-Oerlikon

---

Vorsitz: Präsident Matthias Probst (Grüne)

Beschlussprotokoll: Sekretär Simon Kälin-Werth (Grüne)

Anwesend: 120 Mitglieder

Abwesend: Christine Huber (GLP), Martina Novak (GLP), Claudia Rabelbauer (EVP), Roger Suter (FDP), Christian Traber (Die Mitte)

---

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- |     |                          |   |            |
|-----|--------------------------|---|------------|
| 1.  |                          | Mitteilungen  |            |
| 2.  | <a href="#">2022/607</a> | * Weisung vom 30.11.2022:<br>Amt für Städtebau, kommunaler Richtplan Siedlung, Landschaft, öffentliche Bauten und Anlagen der Stadt Zürich, Abschreibung zweier Motionen und zweier Postulate | VHB        |
| 3.  | <a href="#">2022/608</a> | * Weisung vom 30.11.2022:<br>Amt für Städtebau, Teilrevision Bau- und Zonenordnung, Zonenplanänderung und Änderung der Bauordnung «Stadtgärtnerei», Zürich-Albisrieden, Kreis 9               | VHB        |
| 4.  | <a href="#">2022/609</a> | * Weisung vom 30.11.2022:<br>Immobilien Stadt Zürich, Einbau eines Dreifachkindergartens mit Betreuung im Ersatzneubau Wohnsiedlung Schönauring, neue einmalige Ausgaben                      | VHB<br>VSS |
| 9.  | <a href="#">2022/437</a> | Weisung vom 14.09.2022:<br>Finanzverwaltung, Finanz- und Aufgabenplan 2023–2026   | FV         |
| 10. | <a href="#">2022/438</a> | Weisung vom 14.09.2022:<br>Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2023 (Detailbudgets und Globalbudgets), Kapitalaufnahmen 2023  | STR        |

\* Keine materielle Behandlung

## Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### 1133. 2022/654

#### **Erklärung der SVP-Fraktion vom 14.12.2022: Entscheid des Stadtrats zur Umsetzung der 3. Etappe Strassenlärmsanierung**

Namens der SVP-Fraktion verliest Stephan Iten (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Zurück zur Vernunft: Schluss mit der systematischen Ausbremsung auf Zürcher Strassen

Der Gemeinderat befindet sich aktuell in der bedeutenden Budgetdebatte. Trotzdem entscheidet sich der Stadtrat in dieser intensiven Phase den Gemeinderat und die Medien über die Umsetzung der «3. Etappe Strassenlärmsanierung» zu informieren. Dabei wurde lediglich eine simple Medienmitteilung publiziert und auf eine Medienkonferenz verzichtet. Dieses kurzfristige Vorgehen kam beim Zürcher Stadtrat bereits in der Vergangenheit vor. Die SVP kritisiert hier die fehlende Kommunikationsstrategie des Stadtrats.

Die Lärmschutzverordnung besteht seit dem Jahr 1986. Doch der Lärmschutz wurde über Jahrzehnte durch mehrheitlich linke Vorsteher des Tiefbauamts vernachlässigt. Die Versäumnisse sollen jetzt mit der flächendeckenden Einführung von Tempo 30 kurzfristig korrigiert werden. Die SVP betrachtet diese Vorgehensweise als einen verzweifelten Schnellschuss. Dabei werden die negativen Folgen für das Zürcher Gewerbe und die Anwohner der Stadt Zürich ignoriert. Flüsterbeläge werden nur in Kombination mit Tempo 30 in Betracht gezogen, obwohl die lärmreduzierenden Beläge bereits als Lärmschutzmassnahmen gelten.

Die einseitige Politik des Stadtrates ignoriert die Anliegen diverser Interessengruppen. Aus diesem Grund hat die SVP der Stadt Zürich bereits eine entsprechende Initiative eingereicht, welche die Stadtzürcher Bevölkerung direkt zur Einführung von Tempo 30 auf Hauptverkehrsachsen befragt. Während die bisherigen direkt demokratischen Entscheide die Einführung von Tempo 30 als Teilelement einer Gesamtvorlage behandelten, stellt die Initiative der SVP eine Grundsatzfrage.

Die Politik des Stadtrates behandelt den öffentlichen Verkehr prioritär. Doch eine konsensorientierte Verkehrspolitik darf die unterschiedlichen Verkehrsteilnehmer nicht gegeneinander ausspielen. Für eine funktionierende Stadt braucht es ein gemeinsames Verkehrskonzept, welches verschiedene Anliegen berücksichtigt. Die SVP stellt hierzu fest, dass besonders auf die Anliegen der Gewerbetreibenden keine Rücksicht genommen wird. Während mit viel Geld der Takt des öffentlichen Verkehrs aufrechterhalten werden soll, wird gleichzeitig das Gewerbe entschleunigt. Dabei sind möglichst attraktive Rahmenbedingungen für das Gewerbe eine Voraussetzung für den Wirtschaftsstandort Zürich.

Daher startet die SVP Kanton Zürich diesen Freitag die Unterschriftensammlung zur «Mobilitätsinitiative», welche eine vernünftige Verkehrspolitik ohne Temporeduktionen auf Hauptverkehrsachsen anstrebt. Damit wird kein Verkehrsteilnehmer durch Tempo 30 ausgebremst. Auf den Hauptverkehrsachsen muss der Verkehr fließen, nur so kann belastender Ausweichverkehr in die Quartiere vermieden werden.

Mit der flächendeckenden Einführung von Tempo 30 wird der Wirtschaftsstandort Zürich geschwächt. Dieser ist mit einer Missachtung des übergeordneten Rechts verbunden. Einerseits soll mit dem Verkehr die Versorgung der Stadt Zürich mit Waren und Gütern sichergestellt werden und andererseits besteht seit der Annahme des Gegenvorschlags zur «Anti-Stau-Initiative» klare kantonale Regelungen.

Die SVP setzt sich für eine vernunftbasierte Verkehrspolitik ein. Wir fordern den Stadtrat dazu auf, die Interessen aller Beteiligten zu berücksichtigen und keine einseitige Priorisierung vorzunehmen. Mit der eingereichten SVP-Initiative soll zudem die Bevölkerung zur Einführung von Tempo 30 auf Hauptverkehrsachsen direkt Stellung nehmen können.

## G e s c h ä f t e

**1134. 2022/607**

**Weisung vom 30.11.2022:**

**Amt für Städtebau, kommunaler Richtplan Siedlung, Landschaft, öffentliche Bauten und Anlagen der Stadt Zürich, Abschreibung zweier Motionen und zweier Postulate**

Zuweisung an die SK HBD/SE gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 12. Dezember 2022

**1135. 2022/608**

**Weisung vom 30.11.2022:**

**Amt für Städtebau, Teilrevision Bau- und Zonenordnung, Zonenplanänderung und Änderung der Bauordnung «Stadtgärtnerei», Zürich-Albisrieden, Kreis 9**

Zuweisung an die SK HBD/SE gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 12. Dezember 2022

**1136. 2022/609**

**Weisung vom 30.11.2022:**

**Immobilien Stadt Zürich, Einbau eines Dreifachkindergartens mit Betreuung im Ersatzneubau Wohnsiedlung Schönauring, neue einmalig Ausgaben**

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 12. Dezember 2022

**1137. 2022/437**

**Weisung vom 14.09.2022:**

**Finanzverwaltung, Finanz- und Aufgabenplan 2023–2026**

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2023–2026 wird zur Kenntnis genommen.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Präsident Florian Utz (SP)

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 1138/2022–1144/2022)

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

**1138. 2022/655**  
**Erklärung der SP-Fraktion vom 14.12.2022:**  
**Budget 2023 und FAP 2023–2026**

Namens der SP-Fraktion verliest Lisa Diggelmann (SP) folgende Fraktionserklärung:

Budget 2023: Gesunde Finanzen, bezahlbare Wohnungen

Die Stadt Zürich hat die Herausforderungen der Coronakrise gut gemeistert, auch finanziell. Noch immer hat die Stadt Zürich ein Eigenkapital von rund 1.5 Milliarden Franken. Damit ist sie gut gerüstet, um die notwendigen Investitionen in ihre Zukunft zu tätigen.

Das budgetierte Defizit von 208,7 Millionen Franken wirkt auf den ersten Blick natürlich nicht erfreulich. Gleichzeitig zeigt die Erfahrung, dass die Rechnungen regelmässig deutlich besser ausfallen als die Budgets; in den letzten Jahren lag die durchschnittliche Differenz bei über 100 Millionen Franken. Hinzu kommt, dass die Äufnung des Wohnraumfonds mit 100 Millionen Franken im Jahr 2023 budgetiert wird, das Geld aber zumindest grösstenteils erst in den Folgejahren effektiv an die Wohnbauträgerinnen ausbezahlt wird.

Zürich ist also auch mit dem vorliegenden Budget eine finanziell gesunde Stadt. Gleichzeitig stehen wir auch vor finanziellen Herausforderungen. Mit dem Netto-Null-Ziel, den Tagesschulen und dem Drittelsziel für mehr gemeinnützige Wohnungen hat die Stadt Zürich wichtige Projekte, die für die Zukunft unserer Stadt von grosser Bedeutung sind – und sich letztlich auch finanziell auszahlen werden –, heute aber auch hohe Investitionen erfordern.

Beim Steuerfuss steht die Sozialdemokratie deshalb nach wie vor für Stabilität und Verlässlichkeit. Eine Steuererhöhung ist nicht nötig. Umgekehrt ist eine Steuersenkung auch nicht angezeigt: Eine dreiprozentige Steuersenkung würde der Stadt Zürich Jahr für Jahr rund 60 Millionen Franken entziehen, eine siebenprozentige Steuersenkung sogar rund 140 Millionen Franken. Das sind Mittel, welche für den Klimaschutz, die Tagesschule und den Wohnbau dringend benötigt werden.

Überhaupt sind die ständig steigenden Mieten für den grössten Teil der Bevölkerung die viel grössere finanzielle Belastung als die gleich bleibende Steuerrechnung. Die neusten statistischen Daten zeigen das in aller Deutlichkeit: So kostet die Median-Miete in einer neu erstellten gemeinnützigen 3-Zimmer-Wohnung Fr. 1'502.-, wohingegen der Medianwert bei neu erstellten gewinnorientierten Wohnungen bei Fr. 3'060.- liegt (jeweils brutto). Die gewinnorientierten Wohnungen kosten also mehr als doppelt so viel wie Wohnungen mit Kostenmiete. Oder, anders gesagt: Mit jeder Wohnung, die gemeinnützig statt gewinnorientiert erstellt wird, spart die Bevölkerung jährlich über 18'000 Franken. Das ist notabene Geld, das auch die Kaufkraft steigert und so letztlich auch dem lokalen Gewerbe zugute kommt.

Eine kluge Finanzpolitik, die das finanzielle Wohlergehen der Bevölkerung im Blick hat, darf deshalb den Wohnbau nie aus den Augen verlieren. Unsere Stadt braucht nach Jahren mit rückläufigem Anteil an gemeinnützigen Wohnungen endlich eine klare Strategie für mehr bezahlbare Wohnungen. Die SP unterstützt deshalb mit Nachdruck die vom Stadtrat beantragte Schaffung des Wohnraumfonds und ganz besonders auch die erhöhten Investitionen für Liegenschaftenkäufe. Umgekehrt wehrt sich die SP gegen die völlig unverständliche Streichung der Abschreibungsbeiträge für die Stiftungen SAW und SEW. Zürich braucht endlich mehr bezahlbare Wohnungen und speziell auch mehr bezahlbare Alterswohnungen. Dazu braucht es eine klare Vorwärtsstrategie, und nicht ein Hüst und Hott.

Auch jenseits des Wohnbaus achtet die SP auf ein sozial gerechtes Budget. So begrüssen wir die vom Stadtrat budgetierten Beiträge für Kindertagesstätten, um die Betreuungsqualität und die Anstellungsbedingungen zu verbessern. Ebenso beantragen wir zusätzliche Mittel zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen. Und natürlich sorgen wir für die Umsetzung des Volksentscheids für eine qualitativ hochwertige Tagesschule mit guten Arbeitsbedingungen für das Personal, einer guten Betreuung für die Kinder und moderaten Mittagstarifen für die Eltern. Dazu passen wir das Budget an die vom Volk beschlossene Variante an, soweit dies möglich ist. Leider konnte das Schul- und Sportdepartement die zu budgetierenden Kosten jedoch teilweise nicht beziffern, obwohl es noch im Abstimmungsbüchlein mit sehr detaillierten Zahlen vor den angeblichen oder tatsächlichen Mehrkosten gewarnt hat.

In unserem Zürich müssen alle Menschen, die hier leben, weiterhin ihren Platz haben. Das geht nur mit bezahlbaren Wohnungen, sozialer Gerechtigkeit und einer guten Bildung. Darauf passen wir auf – auch bei diesem Budget.

**1139. 2022/656**  
**Erklärung der FDP-Fraktion vom 14.12.2022:**  
**Budget 2023 und FAP 2023–2026**

Namens der FDP-Fraktion verliest Cathrine Pauli (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Selbstherrlich und aufgebläht: Vergoldete rot-grüne Träume auf Kosten der Steuerzahlenden

Seit Jahren erleben wir als Steuerzahlerinnen und Steuerzahler das gleiche Spiel. Der Stadtrat präsentiert ein defizitäres Budget, das es nicht erlaubt, Steuersenkungen umzusetzen, obwohl die Steuererträge jedes Jahr wachsen. Bei der Präsentation der Rechnung werden wir jeweils damit "überrascht", dass die Jahresrechnung viel besser abschliesst, als im Budget vorgesehen war. Für eine Steuersenkung ist es dann schon zu spät. So führt der Stadtrat die Steuerzahlenden seit Jahren an der Nase herum.

Wir fordern deshalb eine moderate Steuersenkung von 3 Prozentpunkten und sind dieses Mal nicht allein. Alle Mitte- und bürgerlichen Parteien fordern eine Steuersenkung.

Statt den Steuerzahlenden der Stadt den überschüssigen Ertrag durch Steuerreduktion zurückzugeben, legt der Stadtrat Geldreserven von 507.7 Mio. Franken für die Zukunft an, die er in einen Wohnbaufond steckt und für Grundstücks- und Liegenschaftskäufe reserviert. Zudem sollen die städtischen Wohnbaustiftungen nach dem Willen der linken Mehrheit in Gemeinderat und Stadtrat mit 9 Mio. Franken für Abschreibungen unterstützt werden. So gehört die Stadt und ihre Stiftungen auch zu den Treiberinnen des überhitzten Immobilienmarkts. Vielleicht ist das auch Absicht, schliesslich profitiert die Stadt vom angeheizten Immobilienmarkt, wie kaum eine andere Stadt. Bei steigenden Immobilienpreisen wächst nämlich auch die Grundstückgewinnsteuer, die der Stadtrat gerne als versteckte Budgetposition gebraucht. Wir fordern deshalb gemäss der «True and Fair»-Betrachtung eine Budgetverbesserung von 40 Mio. Franken bei den Grundstückgewinnsteuern.

Die Stadtverwaltung weist per 31.11.2022 über 717 offene Stellen aus. Per 1.1.2023 sollen 375 neue Vollzeitstellen geschaffen werden. In einem angespannten Arbeitsmarkt kann 2023 nur ein Teil dieser offenen Stellen besetzt werden. Wir fordern deshalb, dass in den Personalkosten eine Budgetverbesserung von 50 Mio. Franken erfolgt.

Anstatt Schulden abzubauen, baut die Stadt seit 2019 wieder Schulden auf. Das Budget zeigt, dass die langfristigen Verbindlichkeiten von 4.8 Mrd. Franken in der Rechnung 2021 auf 11.2 Mrd. in der Prognose 2026 fast verdreifacht werden. Dieser Anstieg der Verschuldung findet in einem unsicheren Umfeld statt, in dem unklar ist, wie sich die Zinsen entwickeln. Alleine das Budget 2023 weist ein gesamtes Investitionsvolumen von 998.15 Mio. Franken aus. Mehr als 500 «neue» Projekte im Vorprojektstadium werden ins Budget 2023 aufgenommen, mit einer Planungssumme von 180 Mio. Franken. Gleichzeitig werden die langfristigen Investitionen im Budget 2023 um 1 Mrd. Franken erhöht. Die vom Stadtrat beauftragte Ratingagentur Standard & Poor's weist in ihrem Bericht mehrfach darauf hin, dass die Stadt ihre geplante Verschuldung verbessern muss, ansonsten riskiert sie bereits 2023 ihr AA+-Rating.

Heute getätigte Investitionen haben jahrzehntelange Auswirkungen auf die Budgets im Bereich Betriebs- und Unterhaltskosten. Laut HRM2 betragen diese Folgekosten zusätzliche 2.5 Prozent. Zudem werden die jährlichen Abschreibungen anwachsen. Wir sprechen hier von Abschreibungszeiträumen zwischen 10 (Provisorien) und 50 Jahren (Strassen). Mit unseren heutigen Verschuldungen werden sich somit unsere Kinder und Enkelkinder noch herumschlagen. Der hohe Anteil der Fremdfinanzierung erhöht nicht nur die Verschuldung der Stadt, sondern exponiert sie ebenso im unsicheren Fremdfinanzierungsmarkt.

Die FDP fordert den Stadtrat zum wiederholten Mal auf, Projekte zu tätigen, die wirklich notwendig sind und auf das Züri-Finish zu verzichten. Die FDP ist überzeugt, dass bei den Investitionen Einsparungen im zweistelligen Millionenbereich möglich sind.

Für die FDP ist offensichtlich, dass Steuersenkungen nicht nur möglich, sondern auch dringend notwendig sind. Eine verantwortungsvolle haushälterische Politik richtet sich danach, zentrale Investitionen zu ermöglichen, den Schuldenberg nicht auszubauen und gleichzeitig auch das Steuergeld nicht verschwenderisch auszugeben. Der aktuelle Stadtrat scheint nicht in der Lage zu sein, diese Aufgabe zu erfüllen. Wenn jeder zusätzlich eingenommene Franken reflexartig ausgegeben wird, ohne dabei für die breite Bevölkerung einen Mehrwert zu schaffen, müssen die Einnahmen mittels Steuersenkung gekürzt werden. Der Stadtrat muss offenbar zur Ausgabendisziplin gezwungen werden.

**1140. 2022/657**  
**Erklärung der Grüne-Fraktion vom 14.12.2022:**  
**Budget 2023 und FAP 2023–2026**

Namens der Grüne-Fraktion verliest Felix Moser (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Budget 2023: Vorwärts mit dem Energie-Umbau!

Für die GRÜNEN ist das vom Stadtrat vorgelegte Budget 2023 in den meisten Punkten unbestritten. Nachholbedarf sehen wir beim Energie-Umbau, insbesondere bei der Förderung der Photovoltaik. Wir haben Netto-Null noch lange nicht erreicht, die Klimakrise ist und bleibt für uns GRÜNE eine der vordringlichsten Aufgaben, die es zu bewältigen gilt. Dazu werden Mittel benötigt, daher ist für uns eine Steuersenkung kein Thema.

Das vom Stadtrat vorgelegte Budget mit 208 Millionen Franken Ausgabenüberschuss ist deutlich rot. Für uns GRÜNE ist das kein Anlass zur Sorge, denn dank der vorausschauenden grünen Finanzpolitik kann sich Zürich diese Ausgaben leisten.

Die Mehrausgaben sind einerseits auf das Wachstum der Stadt zurückzuführen, andererseits auf Kosten, die in vergangenen Jahren ignoriert wurden, insbesondere in Anbetracht des Klimawandels. Wenn schon früher gehandelt worden wäre, wie wir GRÜNE das seit 40 Jahren fordern, wären jetzt nicht so viele Mittel nötig.

Das Wachstum zeigt sich bei den Kosten für Bildung: Mehr Schülerinnen und Schüler sowie die flächendeckende Einführung der Tagesschule benötigen mehr Ressourcen. Die Zürcher Tagesschule, die wir GRÜNE stark mitgeprägt haben, ist für uns ein wesentlicher Schritt hin zu mehr Chancengerechtigkeit.

Ob wir diesen Winter wirklich eine Energiekrise erleben, weiss niemand. Aber es hat uns GRÜNE schon erstaunt, wie plötzlich alle vom Energiesparen reden. Für uns GRÜNE ist schon seit Jahrzehnten klar, dass wir Energie nicht verschwenden dürfen. Grüne Positionen werden mehrheitsfähig, wenn auch viel zu spät. Um den Energie-Umbau zu beschleunigen, stellen wir GRÜNE einige Anträge im Budget zur Forcierung von Photovoltaik. Es ist für uns unverständlich, dass die Stadt und insbesondere das ewz nicht mehr Anstrengungen unternehmen, um diese umweltschonende Energiequelle so stark wie möglich zu fördern.

Mit weiteren Anträgen setzen wir uns im Budget 2023 für die Stärkung der Grundrechte aller Menschen in dieser Stadt ein. Wir wollen kein Sozialinspektorat. Begrüssen würden wir Massnahmen im sozialen Bereich, um die Integration der betroffenen Menschen zu fördern. Leider ist diese Haltung immer noch nicht mehrheitsfähig in der Stadt Zürich.

Last, but not least: Wir finden es wichtig, dass der Stadtrat im Budget genügend Mittel für das städtische Personal vorsieht, und insbesondere den vollen Teuerungsausgleich gewährt. Denn letztlich sind alle städtischen Mitarbeitenden dafür mitverantwortlich, dass Zürich eine attraktive Stadt ist, in der die Menschen gerne wohnen und arbeiten. Wir GRÜNE stehen daher grundsätzlich hinter der Vorlage des Stadtrates.

**1141. 2022/658**  
**Erklärung der GLP-Fraktion vom 14.12.2022:**  
**Budget 2023 und FAP 2023–2026**

Namens der GLP-Fraktion verliest Sven Sobernheim (GLP) folgende Fraktionserklärung:

Grün und liberal; Investitionen und Steuersenkung, beides ist möglich. Natürlich geht das!

Eine rote Null trotz Teuerung, Krieg und Krise lassen die GLP-Fraktion positiv auf das präsentierte Budget 2023 schauen. Dies wurde auch mit den Fragen und Beratungen der Kommission bestätigt. Das Defizit von 208 Millionen Franken bzw. 108 Millionen Franken, wenn der Wohnraumfonds abgezogen wird, sind bei einem Budget von über 10 Milliarden schon fast als Punktlandung zu qualifizieren.

Die GLP hat sich daher in den Detailanträgen darauf beschränkt Fehlentscheide oder misslungene Projekte des Stadtrats zu korrigieren und erfolgreiche Volksabstimmungen wie die flächendeckende Tagesschule ins Budget einfließen zu lassen. Dies insbesondere auch weil Netto-Null 2040, der Heizungsersatz sowie der Photovoltaikausbau mehrheitlich auf gutem Weg sind. Auch setzt die GLP weiter ihr Versprechen zur Schaffung der Hälfte der beantragten Polizeistellen um. Sie verzichtet aber darauf, dem Stadtrat Zeichen zu setzen. Zum Beispiel ist es für die GLP-Fraktion völlig unbestritten, dass das Programm Stärkung Pflege richtig und wichtig ist. Es wird aber nicht besser oder schneller, wenn in diesem Budget noch einmal 1 Million Franken mehr budgetiert wird. Blockiert ist das Programm an internen Prozessen in der komplizierten Stadtverwaltung und nicht beim Geld.

Die GLP-Fraktion ist bereit in eine lebenswerte, moderne, progressive Stadt zu investieren. Dies wird mit dem vorliegenden Budget erreicht. Wir sind aber auch überzeugt, dass in diesem Budget viel Luft ist. Luft von Projekten, welche sich verzögern, Stellen nicht besetzt werden können usw. Es ist daher jetzt schon klar, dass die Rechnung deutlich positiver abschliessen wird. Daher unterstützt die GLP auch die Senkung des Steuersatzes auf 116 %. Wir sind überzeugt, dass die Zeit reif ist. Selbst im Coronakrisenjahr 2021 hat die Rechnung mit 120 Millionen Überschuss abgeschlossen, somit ist es offensichtlich, dass wir uns diese Senkung leisten können und diesen tieferen Steuersatz auch für mehrere Jahre nicht erhöhen müssen. So bleibt auch unser Grundsatz des stabilen Steuerfusses gewahrt. Für eine lebenswerte, progressive, klimaneutrale, urbane Stadt Zürich! Natürlich geht das.

## 1142. 2022/659

### **Erklärung der SVP-Fraktion vom 14.12.2022: Budget 2023 und FAP 2023–2026**

Namens der SVP-Fraktion verliest Johann Widmer (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Das Budget 2023 weist einen Aufwandüberschuss von CHF 173.5 Millionen Steuerfranken aus. Der Aufwand sprengt zum ersten Mal in der Geschichte der Stadt Zürich die 10 Milliardenengrenze. Gegenüber der Rechnung 2021 soll sich das Fremdkapital von CHF 4,765 Milliarden um zwei Milliarden erhöhen. Bislang hatte der Stadtrat bei seiner Zockerei Glück, die Zinsen waren tief und die Wirtschaft lief gut. Die Steuereinnahmen sind, vor allem wegen den Steuern der Grosskonzerne, mit CHF 3.4 Milliarden budgetiert. Dies entspricht einer Zunahme von CHF 300 Millionen. Dies verleitet den Gemeinderat dazu, den Ausgabenüberschuss in der Budgetdiskussion mit zusätzlichen Ausgaben zu verschlechtern.

Während die Ausgaben sich nur langsam reduzieren lassen, können die Einnahmen über Nacht wegbrechen – gegen ein solches Szenario ist der Stadtrat mit seinem Budget nicht gewappnet. Er wird alle nicht budgetierten Risiken in Nachtragskrediten nachfordern – notfalls mit Steuererhöhungen.

Die im Finanz- und Aufgabenplan (FAP) genannten Einflussfaktoren auf die finanzielle Entwicklung der Stadt Zürich benennen die wichtigsten Gefahren. Diese werden vom Stadtrat viel zu optimistisch berücksichtigt. Während der Einfluss der Entwicklung im Bevölkerungswachstum noch gut abschätzbar ist, wird die wirtschaftliche Entwicklung beschönigend dargestellt. Steigende Zinsen, die Teuerung, der Zustand der Weltwirtschaft und die allgemeine wirtschaftliche Lage der Schweiz werden eindeutig zu wenig berücksichtigt. Die Klimathemen werden auf Grund der Mehrheitsverhältnisse im Gemeinderat viel mehr Steuergelder kosten als es der Stadtrat wahrhaben will.

Die SVP sieht deshalb im Budget der Stadt hohe Budgetierungsrisiken. Der CS und anderen Firmen geht es nicht gut und Steuerausfälle sind zu befürchten. Angesichts der historischen Wirtschaftskrise, einer Inflation mit einem 30-Jahre-Hoch und dem Prämienschok bei den Krankenkassen im Kanton Zürich von 7,1 Prozent, leidet der Mittelstand.

Das Fremdkapital von rund CHF 4.7 Milliarden soll angesichts steigender Zinsen abgebaut werden und nicht um fast zwei Milliarden zunehmen. Das Eigenkapital von rund CHF 1.8 Milliarden soll nicht weiter verschleudert werden, um künftige unvorhergesehene Ausgaben abdecken zu können.

Die SVP sieht mit grosser Besorgnis auf die stark steigenden Kosten im Sozialdepartement auf Grund der starken Zuwanderung und dem Schuldepartement auf Grund der hohen Kosten bei den Tagesschulen. Auch die beschlossenen und budgetierten Ausgaben für Netto-Null bis 2040, die Ausgaben für Hitzemindeungsprojekte, den flächendeckenden Heizungsersatz oder Tempo 30 werden Kosten und Folgekosten generieren, die von den nachfolgenden Generationen zu zahlen sein werden.

Nur durch eine radikale Effizienzsteigerung der Verwaltung können die Finanzen der Stadt Zürich auch mittelfristig im Lot bleiben.

**1143. 2022/660****Erklärung der Die Mitte/EVP-Fraktion vom 14.12.2022:  
Budget 2023 und FAP 2023–2026**

Namens der Die Mitte/EVP-Fraktion verliest Markus Haselbach (Die Mitte) folgende Fraktionserklärung:

Das vom Stadtrat vorgestellte Budget 2023 inklusive Novemberbrief zeigt fast in allen Bereichen signifikant höhere Zahlen. Die Nettoinvestitionen ins Verwaltungsvermögen steigen, deutlich mehr jedoch die Investitionen ins Finanzvermögen. Dies bewirkt mehr langfristige Finanzverbindlichkeiten und in den nächsten Jahren eine höhere Zinslast.

Sowohl Aufwand wie auch Ertrag übersteigen zum ersten Mal die 10 Milliarden Franken. Es resultiert ein Verlust von 208 Millionen Franken. Dazu beigetragen hat die erstmalige Einlage von 100 Millionen in den neuen Wohnraumfonds. Wie erwartet kostet auch die Schule mehr (plus 94 Millionen). Der Grund ist hauptsächlich die stetig wachsende Anzahl der Kinder, doch auch die Tagesschule verursacht bereits 2023 Mehrkosten. Auch die Teuerung macht sich bei diversen Aufwandsposten bemerkbar. Unbefriedigend ist die in fast allen Departementen weiterhin wachsende Stellenzahl. Hier orten wir ein gewisses Sparpotential.

Erfreulich sind die weiterhin hohen Investitionen von 1.4 Milliarden. So bleibt die Infrastruktur in gutem Zustand. Die erwartete Selbstfinanzierung von 43 % ist nur knapp genügend.

Trotz vielerlei Krisen rechnet der Stadtrat bei natürlichen Personen wie auch bei Unternehmen mit rund 3 % höheren Steuereinnahmen. Viel stärker steigen die Grundstückgewinnsteuern. Trotzdem entwickelt sich der städtische Haushalt ohne Korrekturen negativ.

Wir unterstützen eine Budgetverbesserung durch Verzicht auf den Wohnraumfonds, durch einen generellen Abzug für unbesetzte Sollstellen, durch Reduktionen bei Honoraren für externe Berater, in einigen Dienststellen auch durch Reduzierung zusätzlicher Sollstellen. Beim Steuersatz sind wir für eine massvolle Senkung. Mehrausgaben unterstützen wir unter anderem im humanitären Bereich, im sozialen Wohnungsbau durch Stiftung PWG und für eine Beschleunigung im Zubau von Photovoltaikanlagen.

**1144. 2022/661****Erklärung der AL-Fraktion vom 14.12.2022:  
Budget 2023 und FAP 2023–2026**

Namens der AL-Fraktion verliest Tanja Maag Sturzenegger (AL) folgende Fraktionserklärung:

Budget 2023: Social Budgeting, 35-Stunden-Woche, Weiterbauen statt Abreissen

Dank steigender Gentrifizierungs-Dividende (Grundstückgewinnsteuer 420 Mio – ein Plus von 100 Mio; Steuerertrag Privatpersonen 1'811 Mio – ein Plus von 70 Mio) kann sich die Stadt Zürich viel mehr leisten als andere Kommunen. Viele Zürcher:innen bezahlen dieses Manna entweder mit steigenden Mietausgaben oder dem Verlust ihrer Wohnungen. Vor diesem Hintergrund setzt die AL auf eine Finanzpolitik, die sich an folgenden Zielsetzungen orientiert.

1. Umverteilung bremsen: Wir begrüssen, dass der Stadtrat dem Gemeinderat eine wegweisende Vorlage für die Entrichtung einer Energiezulage zugewiesen hat. Die noch nicht im Budget eingestellten Mittel (17,45 Mio), die im 3. Quartal 2023 ausbezahlt werden sollen, tragen dazu bei, dass die Schere zwischen Arm und Reich etwas weniger stark aufgeht. Weitere Massnahmen, die die Kaufkraft des unteren Drittels stärken, sind notwendig. Die Stadt braucht ein «Social Budgeting».
2. Mehr preisgünstige Wohnungen: Mit dem vom Gemeinderat vor vier Jahren in Auftrag gegebenen Wohnraumfonds und dem Aufbau einer zentralen Abteilung für den Kauf von Liegenschaften schafft der Stadtrat die Grundlage für die Erweiterung des nicht spekulativen Liegenschaftenportfolios. Diese Schritte bauen das Angebot an bezahlbarem Wohnraum aus. Wir erwarten weitere Schritte, die sich nicht aufs Budget niederschlagen: Der Stadtrat muss mit raumplanerischen Mittel dafür sorgen, dass künftig 100 Prozent der Wohnflächen aus Aufzonungen und Arealboni für den preisgünstigen Wohnraum zur Verfügung stehen. Wir wünschen uns zudem, dass sich der Stadtrat 2023 gegen die Angriffe auf das Mietrecht einsetzt – insbesondere gegen Angriffe auf das Recht auf Untervermietung.
3. Mehr Qualität und gute Arbeitsbedingungen in Bildung und Betreuung: Mit dem Budget 2023 legen wir die finanzielle Grundlage für eine zeitgemässe Tagesschule und den weiteren Ausbau der ausserfamili-

ären Kinderbetreuung. Der Fokus liegt nicht mehr nur auf der Senkung der Elternbeiträge (Vereinbarkeit von Familie und Beruf), sondern auch auf der Verbesserung der Arbeitsbedingungen des Betreuungspersonals – und damit auf einer Erhöhung der Qualität.

4. 35-Stunden Woche: Eine der grössten Herausforderungen für die Stadt Zürich ist der Mangel an Fachkräften in Berufsfeldern mit hohem Stress und unterdurchschnittlichem Lohnniveau. Betroffen sind neben den Care-Berufen (insbesondere Pflege und Betreuung) auch die Verkehrsbetriebe, Schutz und Rettung sowie die Polizei. Wir haben in der Vergangenheit darauf hingewiesen, dass die Probleme nicht mit Einmalzulagen behoben werden können. Wir begrüssen, dass das Gesundheits- und Umweldepartement mit dem Programm Pflege neue Wege geht und hoffen, dass dieser eingeschlagene Weg künftig noch mutiger verfolgt wird. Vor allem aber ist dafür zu sorgen, dass auch das Schulamt, die VBZ, Schutz und Rettung sowie die Stapo ähnliche Programme zur Entlastung der Mitarbeitenden in die Wege leiten. Mittelfristig werden solche Feinschliffprogramme aber nicht ausreichen. Die Stadt Zürich wird den Fachkräftemangel nur beheben, wenn sie sich auf den Weg zur 35-Stunden-Woche macht - bei gleichem Lohn.
5. Bauen gemäss des neuen Klimaziels: Mit Erstaunen haben wir zur Kenntnis genommen, dass die Stadt Zürich immer noch gemäss den Richtlinien für die 2000-Watt-Gesellschaft (entwickelt in den frühen 2010er-Jahren) baut, statt sich an den auf Netto-Null ausgerichteten Klimaschutzzielen 2035/2040 zu orientieren. In dieser Budgetdebatte stellt die AL neu aufgegleiste städtische Bauprojekte in Frage, die den im Branchenjargon als «saubere Lösung» bezeichneten Ersatzneubau mit seinen hohen indirekten CO<sub>2</sub>-Emissionen dem Weiterbauen im Bestand vorziehen. Wir wünschen uns, dass die Klimaallianz des Gemeinderats auch dort zum Tragen kommt, wo es einen Anstoss braucht, um scheinbar bewährte Praxen von Verwaltungsabteilungen über Bord zu werfen.

#### 1137. 2022/437

**Weisung vom 14.09.2022:**

**Finanzverwaltung, Finanz- und Aufgabenplan 2023–2026**

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Eintreten ist unbestritten

Änderungsantrag

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2023–2026 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit:	Präsident Florian Utz (SP), Referent; Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit:	Johann Widmer (SVP), Referent; Përparim Avdili (FDP), Cathrine Pauli (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Präsident Florian Utz (SP), Referent; Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit:	Johann Widmer (SVP), Referent
Enthaltung:	Përparim Avdili (FDP), Cathrine Pauli (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2023–2026 wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 21. Dezember 2022 gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung

#### **1145. 2022/438**

**Weisung vom 14.09.2022:**

**Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2023 (Detailbudgets und Globalbudgets), Kapitalaufnahmen 2023**

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

1. a. Die Detailbudgets der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung der Stadt Zürich für das Jahr 2023 werden genehmigt.  
b. Die Globalbudgets der Stadt Zürich für das Jahr 2023 werden genehmigt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die zentral bei der Institution 1060 (Gesamtverwaltung) eingestellten Budgetkredite von Fr. 71 109 900.– für das städtische Lohnsystem (SLS) und den Teuerungsausgleich (einschliesslich Arbeitgeberbeiträge) nach erfolgter Lohnrunde 2023 auf die Organisationseinheiten mit eigenen Lohnkonten zu übertragen.
3. Die ordentlichen Gemeindesteuern für das Jahr 2023 werden auf 119 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.
4. Die Aufzählung im Anhang der Globalbudgetverordnung vom 12. Januar 2022 (AS 611.102) wird per 1. Januar 2023 wie folgt geändert:
  - a. Die Organisationseinheiten «Pflegezentren (3020)» und «Alterszentren (3026)» werden gestrichen und durch «Gesundheitszentren für das Alter (3025)» ersetzt.
  - b. Die Organisationseinheiten «Stadtspital Waid (3030)» und «Stadtspital Triemli (3035)» werden gestrichen und durch «Stadtspital Zürich (3035)» ersetzt.
5. Das Globalbudget der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) für das Jahr 2023 wird zur Kenntnis genommen und damit der Betriebsbeitrag 2023 der Stadt für den städtischen Leistungsbereich beschlossen.
6. Das Budget der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien für das Jahr 2023 wird zur Kenntnis genommen.
7. Das Budget der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich für das Jahr 2023 wird zur Kenntnis genommen.
8. Das Budget der Stiftung PWG zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich für das Jahr 2023 wird genehmigt.

9. Das Budget der Stiftung Einfach Wohnen für das Jahr 2023 wird zur Kenntnis genommen.

Beratungsgrundlagen:

- Budget 2023, Vorlage des Stadtrats vom 14.09.2022
- Produktegruppen-Globalbudgets, Vorlage des Stadtrats vom 14.09.2022
- Novemberbrief vom 02.11.2022
- Zuschrift des Stadtrats vom 30.11.2022 bzgl. Übergangswohnsiedlung Hardturm, Nachtrag zum Budget 2023
- Bericht der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 05.12.2022
- Anträge der RPK vom 05.12.2022, einschliesslich Übersicht über die mit dem Budget zu behandelnden Vorstösse

Referent zur Vorstellung der Weisung: Präsident Florian Utz (SP)

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 1138/2022–1144/2022)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Eintreten ist unbestritten

Beschlüsse:

S. -	<b>10</b> <b>3132 00 000</b>	<b>BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG</b>			
		<b>Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>001.</b>	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf inkl. Nachtrag		Mehrheit	Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Alan David Sangines (SP)
		8 300 400		Minderheit	Cathrine Pauli (FDP) Referentin, Pärparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
				Enthaltung	Sven Sobernheim (GLP)
		Begründung: Reduktion um 10 %; Ausnahmen: «1005 Gemeinderat»: Reduktion auf Budget 2022, «2021 Liegenschaften Stadt Zürich»: 2019–2021 Verbesserung von Budget zu Resultat um mind. Fr. 420 000, klare Reserveposition, «3000 Gesundheits- und Umweltdepartement Departementssekretariat»: durch Priorisierung ist keine Erhöhung des Budgets im Vergleich zu 2022 nötig und «5010 Schulamt»: 2019–2021 Verbesserung von Budget zu Resultat um mind. Fr. 430 000, klare Reserveposition; Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle			

<b>3132 00 000 Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.</b>					
<b>Institu- tion</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Budget bisher</b>	<b>November- brief</b>	<b>Ver- besserung</b>	<b>Budget neu</b>
1005	Gemeinderat	350 000	0	37 000	313 000
1020	Stadtkanzlei	1 059 000	0	105 900	953 100
1035	Datenschutzbeauftragte/r	34 200	0	3 400	30 800
1070	Stadtamtsfrau-/Stadtammann- und Betrei- bungsämter	25 100	0	2 500	22 600
1080	Friedensrichterinnen- und Friedensrichteräm- ter	94 000	0	9 400	84 600
1500	Präsidialdepartement Departementssekreta- riat	608 500	0	60 900	547 600
1505	Stadtentwicklung	660 000	0	66 000	594 000
1506	Fachstelle für Gleichstellung	44 000	0	4 400	39 600
1510	Kultur	699 000	0	69 900	629 100
1530	Bevölkerungsamt	644 000	0	64 400	579 600
1561	Stabstelle Projektstab Stadtrat im Präsidialde- partement	384 000	0	38 400	345 600
1565	Stadtarchiv	100 000	0	10 000	90 000
1575	Statistik Stadt Zürich	60 000	0	6 000	54 000
2000	Finanzdepartement Departementssekretariat	180 000	0	18 000	162 000
2015	Finanzverwaltung	597 000	0	59 700	537 300
2034	Wohnen und Gewerbe	2 455 500	0	245 600	2 209 900
2035	Gastronomie	293 600	0	29 400	264 200
2036	Parkierungsbauten	75 000	0	7 500	67 500
2051	Stadtweites Case Management am Arbeits- platz	36 000	0	3 600	32 400
2080	Organisation und Informatik	36 386 000	0	3 638 600	32 747 400
2500	Sicherheitsdepartement Departementssekre- tariat	121 900	0	12 200	109 700
2520	Stadtpolizei	3 255 300	0	325 500	2 929 800
2525	Stadtrichteramt	337 500	53 900	39 100	352 300
2550	Schutz & Rettung	1 272 500	0	127 300	1 145 200
2555	Dienstabteilung Verkehr	20 000	0	2 000	18 000
3000	Gesundheits- und Umweltdepartement Depar- tementssekretariat	1 555 300	0	200 000	1 355 300
3010	Städtische Gesundheitsdienste	1 428 600	0	142 900	1 285 700
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	6 638 500	0	663 900	5 974 600
3500	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Depar- tementssekretariat	357 300	0	35 700	321 600
3501	Fonds des überkommunalen Strassennetzes	100 000	0	10 000	90 000
3515	Tiefbauamt	6 194 000	115 000	630 900	5 678 100
4000	Hochbaudepartement Departementssekreta- riat	2 435 700	0	243 600	2 192 100
4015	Amt für Städtebau	3 500 000	0	350 000	3 150 000
4020	Amt für Hochbauten	610 000	0	61 000	549 000
4035	Amt für Baubewilligungen	136 500	0	13 700	122 800
4040	Immobilien Stadt Zürich	885 000	0	88 500	796 500
4500	Departement der Industriellen Betriebe Depar- tementssekretariat	1 400 000	0	140 000	1 260 000
5000	Schul- und Sportdepartement Departe- mentssekretariat	298 600	0	29 900	268 700
5005	Schul- und Büromaterialverwaltung	10 000	0	1 000	9 000
5010	Schulamt	1 642 600	0	350 000	1 292 600
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	32 000	0	3 200	28 800
5050	Schulgesundheitsdienste	49 000	0	4 900	44 100
5063	Fachschule Viventa	56 200	0	5 600	50 600

5500	Sozialdepartement Departementssekretariat	645 200	0	64 500	580 700
5510	Support Sozialdepartement	312 000	0	31 200	280 800
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	304 000	0	30 400	273 600
5520	Laufbahnenzentrum	75 000	0	7 500	67 500
5530	Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde der Stadt Zürich	900 000	0	90 000	810 000
5550	Soziale Dienste	486 000	0	48 600	437 400
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	666 700	0	66 700	600 000
	<b>Total</b>	<b>80 510 300</b>	<b>168 900</b>	<b>8 300 400</b>	<b>72 378 800</b>

Cathrine Pauli (FDP) beantragt für den Antrag der Minderheit neu eine Kürzung um 8 300 400 Franken und damit die Streichung der Institutionen «2021 Liegenschaften Stadt Zürich », «3535 ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Abwasser», «3550 ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Abfall», «3555 ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Fernwärme», «3560 ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Stadtreinigung», «4525 Wasserversorgung» und «4540 Verkehrsbetriebe» aus der Tabelle.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 39 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

## BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG

S. 122	<b>10</b> <b>1060</b> <b>3010 00 203</b>	<b>BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG</b> <b>Gesamtverwaltung</b> <b>Pauschalabzug nicht besetzte Stellen</b>	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>002.</b>	Antrag Stadtrat				0 Minderheit 2	Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Walter Angst (AL)
			10 000 000		-10 000 000 Mehrheit	Dr. Florian Blättler (SP) Referent, Präsident Florian Utz (SP), Lisa Diggelmann (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
			50 000 000		-50 000 000 Minderheit 1	Cathrine Pauli (FDP) Referentin, Pärparim Avdili (FDP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Mehrheit: Pauschalabzug für nicht besetzte Stellen Minderheit 1: Per 30.11.2022 gibt es 717 unbesetzte Stellen. Im Budget sollen 308 neue Stellen geschaffen werden. Insgesamt wird es so über 1000 unbesetzte Stellen per Jahresanfang 2023 geben. Dies gibt Raum für einen Pauschalabzug von Fr. 50 Mio.			

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Minderheit 2	(0)	26 Stimmen
Antrag Mehrheit	(-10 000 000)	60 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(-50 000 000)	<u>33 Stimmen</u>
Total		119 Stimmen
= absolutes Mehr		60 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

## PRÄSIDIALDEPARTEMENT

S. 130	<b>15 1500 3010 00 000</b>	<b>PRÄSIDIALDEPARTEMENT Präsidentialdepartement Departementssekretariat Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
<b>003.</b>	Antrag Stadtrat			3 367 100	Minderheit	Markus Haselbach (Die Mitte) Referent, Pärparim Avdili (FDP), Cathrine Pauli (FDP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
			70 000	3 437 100	Mehrheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Florian Utz (SP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP)
		Begründung:	Erhöhung von 1,6 auf 2,0 Stellen bei Beauftragten für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung (BGMB)			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 56 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

S. 131	<b>15 1500 3130 00 000</b>	<b>PRÄSIDIALDEPARTEMENT Präsidentialdepartement Departementssekretariat Dienstleistungen Dritter</b>				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
<b>004.</b>	Antrag Stadtrat			98 300	Minderheit	Markus Haselbach (Die Mitte) Referent, Pärparim Avdili (FDP), Cathrine Pauli (FDP), Johann Widmer (SVP)

60 000	158 300	Mehrheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP)
		Enthaltung	Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Sven Sobernheim (GLP)
Begründung: Erhöhung der Budgetmittel für die Beauftragten für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung (BGMB) von Fr. 50 000 auf Fr. 200 000			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 57 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

S. 131	<b>15</b> <b>1500</b> <b>3132 00 000</b>	<b>PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT</b> <b>Präsidentialdepartement Departementssekretariat</b> <b>Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.</b>				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
<b>005.</b>	Antrag Stadtrat			608 500	Minderheit	Markus Haselbach (Die Mitte) Referent, Pärparim Avdili (FDP), Cathrine Pauli (FDP), Johann Widmer (SVP)
			70 000	678 500	Mehrheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP)
					Enthaltung	Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Sven Sobernheim (GLP)
Begründung: Erhöhung der Budgetmittel für die Beauftragten für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung (BGMB) von Fr. 50 000 auf Fr. 200 000						

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 57 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht. Das Abstimmungsergebnis wurde gemäss dem effektiven Stimmverhalten der Ratsmitglieder angepasst.

S. 131	<b>15</b> <b>1500</b> <b>3910 00 000</b>	<b>PRÄSIDIALDEPARTEMENT</b> <b>Präsidentialdepartement Departementssekretariat</b> <b>Interne Verrechnung von Dienstleistungen</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>006.</b>	Antrag Stadtrat				250 900	Minderheit
				20 000	270 900	Mehrheit
						Enthaltung
		Begründung:	Erhöhung der Budgetmittel für die Beauftragten für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung (BGMB) von Fr. 50 000 auf Fr. 200 000			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 56 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht. Das Abstimmungsergebnis wurde gemäss dem effektiven Stimmverhalten der Ratsmitglieder angepasst.

---

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 28, Beschluss-Nr. 1145/2022).

## E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### 1146. 2022/662

**Postulat von Selina Frey (GLP), Patrick Hässig (GLP) und 6 Mitunterzeichnenden vom 14.12.2022:**

**Vorstösse des Gemeinderats im Bereich Strategien Zürich 2035 und Smart City, Überweisung als Themenliste für Studierende an Partnerhochschulen**

Von Selina Frey (GLP), Patrick Hässig (GLP) und 6 Mitunterzeichnenden ist am 14. Dezember 2022 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie Vorstösse des Gemeinderats Zürich, welche den Zielen der Strategien Zürich 2035 (ff) und der Smart City Strategie zugeordnet werden können, als Themenliste für StudentInnen an Partnerhochschulen überwiesen werden können. Dies würde helfen den manchmal langwierigen politischen Prozess schneller in eine Lösungssuche zu überführen und näher an die Forschung im Sinne evidenzbasierter Politik und proaktiver Zukunftsgestaltung zu bringen. Natürlich sollen in diesem Rahmen auch die Beziehungen der Stadtverwaltung zu weiteren Hochschulen ausgebaut werden.

Begründung:

Die Stadt Zürich steht bereits heute vor grossen Herausforderungen im Bereich Klimawandel, Gesundheit, Urbanisierung, Bildung, Digitalisierung und der Attraktivität des Wirtschaftsstandorts. Den Umgang mit diesen Herausforderungen legt sie in den Strategien 2035 fest und setzt sich folgendes Ziel: «Die Stadt Zürich entwickelt sich nachhaltig. Sie gewährleistet gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, bietet attraktive Infrastrukturen und Leistungen an, sichert hohe Lebens-, Siedlungs- und Umweltqualitäten sowie sozialen Zusammenhalt und pflegt Weltoffenheit».

In der Privatwirtschaft strebt man danach auf Zukunftsherausforderungen flexibler, schneller und innerhalb eines kontinuierlichen Lernprozesses agieren zu können. Die sogenannte Agilität ist mit dem politischen System aber schwierig zu vereinbaren. Denn schon die Antwortzeit auf ein vom Gemeinderat eingereichtes Postulat kann bis zwei Jahre dauern. Das entspricht nicht gerade einer kurzen Analyse-, Entwicklungs- oder Innovationszykluszeit.

Proaktive Zukunftsgestaltung scheint praktisch unmöglich durch die systemgegebene Trägheit des Prozesses und der zunehmenden Anzahl an Vorstössen.

Smart City Zürich hat das Ziel die Umsetzung der Strategien Zürich 2035 sowie verschiedener Fachstrategien zu stärken. Deshalb sollen sie ein Gefäss aufbauen, wie Vorstösse aus dem Parlament den jeweiligen Strategiefeldern zugeordnet und den Hochschulen als Projektliste für Studienarbeiten in unterschiedlichsten Fachgebieten zur Verfügung gestellt und von den Dozierenden in den Unterricht eingebunden wird. Die Resultate aus solchen Studienarbeiten sollen von den Studenten zurück an die Verwaltung fliessen. Dieser Prozess ist mehrfach mehrwertstiftend. Die Zusammenarbeit zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft weiter gefördert und Studierende können mit ihren Studienarbeiten potentiell einen direkten gesellschaftlichen Mehrwert leisten und gleichzeitig für wichtige Zukunftsthemen des Standorts Zürich sensibilisiert und interessiert werden. Dies kann langfristig auch dazu beitragen, dass der Fachkräftemangel in strategisch wichtigen Themengebieten reduziert wird. Mit diesem Vorgehen nutzt man die Standortvorteile für den Standort und investiert mit Human Kapital in die proaktive Zukunftsgestaltung für die Stadt Zürich.

Mitteilung an den Stadtrat

#### 1147. 2022/663

#### **Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Derek Richter (SVP) vom 14.12.2022: Konsequente Ahndung der Straftatbestände und der Störung des öffentlichen Verkehrs, die im Rahmen von Renovate Switzerland und Critical Mass begangen werden**

Von Samuel Balsiger (SVP) und Derek Richter (SVP) ist am 14. Dezember 2022 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die mutmasslich durch Klima-Kleber von Renovate Switzerland und Velo-Chaoten von Critical Mass begangenen Straftatbestände der Nötigung (Art. 181 Strafgesetzbuch) und Störung des öffentlichen Verkehrs (Art. 237 Strafgesetzbuch) konsequent geahndet werden können.

Linksradikale Vereinigungen legen regelmässig und absichtlich den Verkehr in der Stadt Zürich lahm. Nötigung ist ein Officialdelikt und ein Strafantrag ist nicht notwendig.

Es gilt die Unschuldsvermutung.

Begründung:

Art. 181 Strafgesetzbuches: «Wer jemanden durch Gewalt oder Androhung ernstlicher Nachteile oder durch andere Beschränkung seiner Handlungsfreiheit nötigt, etwas zu tun, zu unterlassen oder zu dulden, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.»

Art. 237 Strafgesetzbuches: «Wer vorsätzlich den öffentlichen Verkehr, namentlich den Verkehr auf der Strasse, auf dem Wasser oder in der Luft hindert, stört oder gefährdet und dadurch wissentlich Leib und Leben von Menschen in Gefahr bringt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft. Bringt der Täter dadurch wissentlich Leib und Leben vieler Menschen in Gefahr, so kann auf Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren erkannt werden.»

Deutschland zum Beispiel geht ebenfalls konsequent gegen linksradikale Klima-Kleber vor. Dort haben die Behörden mit Razzien in sechs Bundesländern zig Wohnungen der linksradikalen Klima-Kleber durchsucht. Der Vorwurf: Bildung einer kriminellen Vereinigung!

Die SVP verlangte bereits im Postulat 2022/594, dass die Stadtzürcher Einsatzkräfte die Strassenblockaden der Klima-Chaoten innert wenigen Minuten nach Eintreffen auflösen.

Mitteilung an den Stadtrat

**1148. 2022/664**

**Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Sebastian Zopfi (SVP) vom 14.12.2022:  
Gewährleistung der Sicherheit vor dem Club Heaven**

Von Samuel Balsiger (SVP) und Sebastian Zopfi (SVP) ist am 14. Dezember 2022 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie freitags und samstags die Sicherheit vor dem Club Heaven bis mindestens 30 Minuten nach Schliessung gewährleistet werden kann. Den Rechtsstaat gilt es mit ausreichend Frontpolizisten wiederherzustellen.

Begründung:

Gemäss Zeugen lungern regelmässig aggressiv auftretende Jugendliche vor dem Club Heaven herum. Sie beschimpfen gezielt friedliche Gäste, die das Lokal verlassen. Die Betroffenen zeigen nicht jeden Angriff und nicht jede Beschimpfung an.

Mit dem Postulat 2020/310 forderte die SVP schon im Juli 2020: Verstärkte Polizeipräsenz zur Erhöhung der Sicherheit im Niederdorf und am Bellevue an den Wochenenden.

Handelt der Stadtrat nach Lesen dieses Postulates immer noch nicht gegen die Gewalt, welches Signal sendet er aus? Sollen sich die Betroffenen mit Selbstjustiz verteidigen? Dieses Signal muss zwingend verhindert werden. Es wäre für unseren Rechtsstaat verheerend.

An den Stadtrat:

Kümmern Sie sich um die Grundaufgaben des Staates und gewährleisten Sie durch genügend Frontpolizisten überall das Minimum an Sicherheit in der Stadt Zürich.

Mitteilung an den Stadtrat

**1149. 2022/665**

**Postulat von Michele Romagnolo (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 14.12.2022:  
Öffnung der fünf Regionalwachen der Polizei rund um die Uhr nach dem Bezug der Überstunden**

Von Michele Romagnolo (SVP) und Stephan Iten (SVP) ist am 14. Dezember 2022 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie nach dem Bezug der Überstunden der Polizistinnen und Polizisten die fünf Regionalwachen wieder rund um die Uhr geöffnet werden können. Die fortgeschrittene Evaluation soll die verkürzten Öffnungszeiten nicht weiter in Betracht ziehen.

Begründung:

Die Quartier- und Regionalwachen sind nicht zu unterschätzen. Sie sind gut und schnell erreichbar und geben der Bevölkerung das Gefühl von Sicherheit. Durch das Wachstum der Stadt und den dadurch entstehenden Dichtestress werden diese Wachen noch mehr an Bedeutung gewinnen. Auch wenn die Statistik des Stadtrats angeblich bedeuten soll, dass die Quartier- und Regionalwachen von der Bevölkerung nicht mehr genutzt werden, stellt sich die Frage, wieso es dann dazu eine Evaluation braucht. Die Sicherheitsvorsteherin soll Umfragen erstellt haben, welche ergeben haben sollen, dass die Quartier- und Regionalwachen von der Bevölkerung nicht mehr genutzt werden. Wenn dem so ist, haben diese Umfragen wohl nicht die gesamte Bevölkerung der Stadt Zürich erreicht. Denn diverse Anfragen in der Kommission von Gemeinderatsmitgliedern zeigen, dass wenn es um den Abbau von Quartierwachen geht, diese hinterfragt werden. Genau das zeigt doch auf, wieso Quartier- und Regionalwachen so wichtig sind und darum unbedingt erhalten werden sollen.

Mitteilung an den Stadtrat

Die vier Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

**1150. 2022/666**

**Schriftliche Anfrage von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Marco Denoth (SP) vom 14.12.2022:**

**Umzonung der Grundstücke für Schulanlagen, Auflistung der Grundstücke, die nicht in einer Zone für öffentliche Bauten liegen, Sicherstellung der rechtzeitigen Umzonung und mögliche Kostenfolgen sowie Voraussetzungen für ein Enteignungsverfahren**

Von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Marco Denoth (SP) ist am 14. Dezember 2022 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Anzahl Schülerinnen und Schüler der Volksschule der Stadt Zürich wächst und wird gemäss Prognose bis 2040 weiter wachsen. Zusätzlicher Schulraum ist nötig. In der Stadt läuft eine Schulraumoffensive, welche die Erweiterung von bestehenden und den Bau von neuen Schulanlagen vorsieht. Dabei ist ein wichtiges Planungsinstrument der kommunale Richtplan «Siedlung, Landschaft, öffentliche Bauten und Anlegen». Dort sind – in der Regel – die Standorte der geplanten Schulanlagen eingetragen.

Damit eine Schulanlage tatsächlich gebaut werden kann, muss das betreffende Grundstück gemäss BZO 2016 in einer Zone für öffentliche Bauten liegen. Leider liegen nicht alle gemäss kommunalen Richtplan geplanten Standorte für Schulanlagen in einer solchen Zone. Das bedeutet, dass eine Umzonung nötig ist, was aufwändig ist und mit Hindernissen verbunden sein kann. Typisches Beispiel: Die Parzelle AR4572, die gemäss kommunalem Richtplan als Erweiterung der Schulanlage Utogrund vorgesehen ist, aber in der Zone W4 liegt.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wir bitten um eine Liste der Parzellen, die im kommunalen Richtplan als Standorte von Schulen eingetragen sind und die nicht in einer Zone für öffentliche Bauten liegen. Wir bitten auch um Angabe des Eigentümers (LSZ, IMMO usw.), falls die Parzelle in städtischem Besitz ist.
2. Wie stellt die Stadt sicher, dass diese Parzellen rechtzeitig umgezont werden, damit der Schulraum zum vorgesehenen Zeitpunkt bereit steht? Wir bitten um eine Darlegung der städtischen Strategie.
3. Welche Kosten können bei einer Umzonung einer privaten Parzelle anfallen? Wird die Stadt bei einer solchen Umzonung entschädigungspflichtig?
4. Kann eine Parzelle in privatem Eigentum, die in einer Wohnzone liegt und gemäss kommunalem Richtplan als Standort einer Schulanlage vorgesehen ist, enteignet werden? Wie wäre das Vorgehen der Stadt, um die Parzelle zu erwerben? Unter welchen Voraussetzungen ist die Stadt bereit, ein Enteignungsverfahren einzuleiten?

Mitteilung an den Stadtrat

**1151. 2022/667**

**Schriftliche Anfrage von Rahel Habegger (SP) und Hannah Locher (SP) vom 14.12.2022:**

**Entwicklung des Gebiets Binz, pendente Baueingaben, Prognosen zum Schulraumangebot, Rahmenbedingungen für die Gastrobetriebe und Massnahmen zur Verbesserung der Anbindung an den öffentlichen Verkehr und zur Verbesserung der Situation für den Langsamverkehr**

Von Rahel Habegger (SP) und Hannah Locher (SP) ist am 14. Dezember 2022 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Im Quartier Alt-Wiedikon rund um das Arbeitsplatzgebiet Binz entwickelt sich das Gebiet stark und weist weiterhin ein grosses Entwicklungspotenzial auf. Das Gebiet liegt zwar sehr zentral, ist jedoch weder für den öffentlichen Nahverkehr gut erschlossen, noch verdichtet bebaut. Aufgrund bevorstehender grosser Überbauungen wächst das Gebiet weiter und neue Wohn- und Freizeitangebote entstehen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen zur Quartierentwicklung:

1. Welche Baueingaben in Zusammenhang mit Wohnbauprojekten sind aktuell pendent? Welches sind die Dimensionen dieser Wohnbauprojekte?
2. Gibt es Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung? Wenn ja, wie lauten diese Prognosen?
3. Wie beabsichtigt der Stadtrat, die Bedürfnisse unterschiedlicher Interessengruppen in die Quartierentwicklung einfließen zu lassen?
4. Wird das aktuelle Schulraumangebot der Bevölkerungsentwicklung gerecht? Gibt es hierzu Prognosen und wenn ja, wie lauten diese?
5. Welche Rahmenbedingungen bestehen für Gastrobetriebe hinsichtlich Öffnungszeiten, Anzahl Aussen-sitzplätze und Lärmemissionen?
6. Wie beabsichtigt der Stadtrat, die Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr zu verbessern? Welche Verbesserungsmöglichkeiten sieht der Stadtrat und welche Massnahmen sind/werden diesbezüglich ergriffen?
7. Wieso fährt der Bus 76 nicht ab/bis Laubegg und das Tram 5 nicht immer ab/bis Laubegg?
8. Welche Massnahmen zur Verbesserung der Langsamverkehrssituation für zu Fuss Gehende und Velofahrende sind geplant?

Mitteilung an den Stadtrat

## K e n n t n i s n a h m e n

### 1152. 2022/541

**Dringliche Schriftliche Anfrage der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 02.11.2022: Wohnbaupolitik der SBB, Gespräche betreffend Realisierung von preisgünstigen Wohnungen bei Bauvorhaben von SBB-Immobilien und Hintergründe zum Entscheid zur Arealüberbauung beim Projekt Wollishofen sowie künftige Realisierungen von preisgünstigen Wohnungen der SBB zur Erreichung des angekündigten Angebots**

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 1518 vom 7. Dezember 2022).

### 1153. 2022/414

**Schriftliche Anfrage von David Ondraschek (Die Mitte) und Liv Mahrer (SP) vom 31.08.2022: Zusätzliche Nutzungsmöglichkeiten von Modularpavillons, Anwendungen bei weiteren Bauten, Vergleiche zu anderen Gebäudetypen bezüglich Emissionen, Kosten, Flexibilität und Netto-Null-Bilanz**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1446 vom 30. November 2022).

**1154. 2022/415**

**Schriftliche Anfrage von Tiba Ponnuthurai (SP) und Marco Denoth (SP) vom 31.08.2022:**

**Entwicklung der Angebotsmieten, Entwicklung seit 1995 sowie Möglichkeit zur jährlichen Erhebung und zur öffentlichen Publikation der Daten**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1440 vom 30. November 2022).

**1155. 2022/435**

**Schriftliche Anfrage von Christian Huser (FDP) und Martin Götzl (SVP) vom 07.09.2022:**

**Ausrückordnung der Feuerwehr in Zürich-Nord bei einem Brand eines Mehrfamilienhauses, Gründe für das Aufbieten der Berufsfeuerwehr des Flughafens anstelle der Milizfeuerwehr**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1441 vom 30. November 2022).

**1156. 2022/249**

**Weisung vom 15.06.2022:**

**Schulamt, Verordnung über die Tagesschulen der städtischen Volksschule, Verschiebung des Inkrafttretens auf 1. August 2023**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 21. September 2022 ist am 28. November 2022 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 21. Dezember 2022.

Nächste Sitzung: 14. Dezember 2022, 17 Uhr.